

Antragsbereich Y / **Antrag Y6**

AntragstellerInnen: Carsten Träger
Empfänger: Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Y6: Ambitionierter Klimaschutz jetzt!

Begründung der Dringlichkeit:

Auch in Bayern gehen mehr junge Menschen für aktive Klimapolitik auf die Straße. Aus ihrer Sicht geht die Politik beim Klimaschutz zu zögerlich vor. Die Kommission "Wachstum, Strukturwandel & Beschäftigung" tagte noch am Freitag bis spät in die Nacht, um den Ausstieg aus dem Kohleabbau und der Kohleverstromung zu verhandeln. Ihre Ergebnisse werden großen Einfluss auf die Verhandlungen zum Klimaschutzgesetz haben, das in diesem Jahr noch verabschiedet werden soll.

15

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir müssen das fossile Zeitalter hinter uns lassen. Die Zukunft besteht zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Wir wollen bis 2050 in Deutschland treibhausgasneutral produzieren und leben. Das heißt ganz konkret: Wir müssen uns von den Energieträgern Kohle, Erdöl und Erdgas verabschieden. Es gilt jetzt in der verbleibenden Zeit den Ausstieg wirtschaftlich erfolgreich und ohne Strukturbrüche zu gestalten.

2019 muss das Jahr sein, in dem wir die Wege fest-
30 legen, auf denen wir die Klimaziele sicher erreichen
werden. Der Staat muss einen klaren Rahmen setzen,
um Planungssicherheit zu geben. Das im Koalitions-
vertrag verabredete Klimaschutzgesetz bietet dazu
jetzt die Gelegenheit, die wir mit einem kraftvollen
35 Antritt nutzen müssen.

Die SPD muss die politische Kraft sein, die einen wirk-
samen Klimaschutz erfolgreich ins Werk setzt und da-
bei wirtschaftliche Vernunft und soziale Belange von
40 Menschen und Regionen gleichwertig verbindet. Die-
se große Transformation in Richtung einer nachhalti-
gen Entwicklung bietet auch große Chancen für unse-
re Volkswirtschaft.

45 **Begründung**

Deutschland hat sich mit dem Klimaschutzplan 2050
zu den Pariser Klimazielen verpflichtet. Bis 2030 soll
den Treibhausgasausstoß um 55 Prozent verringert
werden, bis 2050 weitgehend Neutralität bei den
50 Treibhausgasen erreicht sein. Die SPD steht für eine
Umwelt- und Klimapolitik, die die Bewahrung der
Natur und den Schutz natürlicher Ressourcen mit
wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung
erfolgreich verbindet.

55 Die SPD fordert schon seit langer Zeit ein Klima-
schutzgesetz. Es ist ein großer Erfolg, dass das
Klimaschutzgesetz auf Druck der SPD in den Ko-
alitionsvertrag aufgenommen wurde und 2019
60 umgesetzt werden soll. Im Koalitionsvertrag haben
wir vereinbart: "Auf dieser Grundlage wollen wir ein
Gesetz verabschieden, das die Einhaltung der Klima-
schutzziele 2030 gewährleistet. Wir werden 2019 eine
rechtlich verbindliche Umsetzung verabschieden."

65

Ein Klimaschutzgesetz gibt der Klimapolitik einen verbindlichen und langfristigen Rahmen. In ihm werden die Klimaziele rechtsverbindlich festgeschrieben. Für jeden Sektor werden die im Klimaschutzplan 2050 schon enthaltenen Sektorziele festgelegt. Dadurch sollen die Verantwortlichkeiten für Emissionsminderungen klar den zuständigen Ressorts zugeordnet werden.

75 Mit dem Klimaschutzgesetz müssen Maßnahmen verabschiedet werden, mit denen eine sichere Erscheinung der Klimaziele gewährleistet werden. Durch die rechtsverbindliche Festlegung der Emissionsminderungsziele für Deutschland wird die Investitions- und Planungssicherheit für die Unternehmen deutlich erhöht.

Wenn Deutschland die Klimaziele der Sektoren verfehlt, die nicht vom europäischen Emissionshandel erfasst sind - insbesondere Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, kleinere Industrieanlagen und Abfall - müssen wir mit bis zu 60 Milliarden Euro anderen EU-Mitgliedsstaaten Emissionsquoten abkaufen. Diese 60 Milliarden Euro sollten nicht ins Ausland abfließen, sondern bei uns für Investitionen in den Klimaschutz genutzt werden.